



Chronik der „34er“ Flugabwehrraketengruppe 34

Kapitel 9.2

Die Flugabwehrraketengruppe 34 Das Jahr 2001



Kapitel 9.2

Die

Flugabwehrraketengruppe 34

Das Jahr 2001

Urheberrecht

© Peter Kronisch 03 / 2013

Alle Rechte vorbehalten

Die Chronik einschließlich aller Anlagen ist urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigung, Versendung und Wiedergabe der Unterlagen oder Teilen daraus bedürfen der Genehmigung des jeweiligen Verfassers und der Vorstandschaft der „Rottenburger 34er“ e.V..

Das gilt im Besonderen für die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die einzelnen Artikel und Kommentare geben die Meinung des jeweiligen Verfassers wieder und sind keine offizielle Stellungnahme der „Rottenburger 34er“.

Jede Verwertung zu kommerziellen Zwecken ist nicht gestattet.

**Verfasser: Peter Kronisch
Danziger Straße 4
84056 Rottenburg
Telefon: 08781 – 2171
Telefax: 08781 – 2109
E-Mail: peterkronisch@web.de**



Kapitel 9.2

Die Flugabwehrraketengruppe 34, Januar 2001 – Dezember 2001

Inhaltsverzeichnis:

Ereignisse in der FlaRakGruppe 34 im Jahr 2001	5
11.01.2001 Die schlechten Nachrichten haben Konjunktur.....	5
12.01.2001 Landshuter Zeitung.....	6
17.01.2001..Aus Landshut aktuell	7
Januar 2001 „Pressestimmen“	8
Aus für Rottenburg	9
20.01.2001..Kommentar in der „Landshuter Zeitung“	10
26.01.2001 Nur eine „unglückliche Formulierung“???	11
Kahlschlag, JA!??	13
Eine Bemerkung am Rande:.....	15
18.01.2001 Neujahrsempfang in der GOW-Kaserne	15
„Gutes Personal ist das wichtigste Kapital“	16
10.02.2001 Spende der 1. Staffel für Elterninitiative „Intern 3“	17
16.02.2001 Faschingsball der Unteroffiziere.....	18
Die Erklärung der „Grob- und Feinausplanung“	19
20.02.2001 Alles ist aus	24
Kommentar:.....	25
01.03.2001 Bürgermeister begrüßt die neuen Soldaten.....	26
14.03.2001 Frauen in der Bundeswehr	27
30.03.2001 Stabsfeldwebel Meier in den Ruhestand verabschiedet.....	28
05.04.2001 Zwei ausländische Offiziere im Verband.....	30
25.04.2001 Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen bei der UHG	31
03.05.2001 Informationsveranstaltung für Frauen	32
07.07.2001 Der lange Abschied beginnt.....	33
Und schon wieder wird eine frische Sau durch`s Dorf getrieben	33
Und das Dementi folgt auf dem Fuße	34
Wie verteilt man das Fell des Bären?.....	35
14.07.2001 Die FlaRakGrp 34 wurde Sieger	36
18.07.2001 Fronleichnamsprozession 2001	37
21.07.2001 Hauptmann Otto Behrens ist gestorben	38
Dann kam der 11. September	39



20.09.2001	Die „Landshuter Zeitung“ berichtet.....	40
27.09.2001	„Letzter“ Chefwechsel bei der 2. Staffel	41
	Aus der Landshuter Zeitung vom 29.09.2001	41
	Fortsetzung der Berichterstattung:	42
17.11.2001	Schutz von Kernkraftwerken durch HAWK-Verbände	43
94.12.2001	Der Wetterbericht vom 4. Dezember 2001 für die Luftverteidigung....	45
07.12.2001	Da war der neu gegründete Traditionsverein schon 2 Monate jung... 46	46
	Besuche und Besucher im Verband im Jahre 2001	47
07.03.2001	Befehlshaber Luftwaffenführungskommando	48
16.05.2001	Inspizient Zahnmedizin Admiralarzt Dr. Günther Brassel	51
07.06.2001	Die Berichterstattung in der „Landshuter Zeitung“	53
07.06.2001	Präsident der Wehrbereichsverwaltung IV	54
08.11.2001	Stellvertretender Beauftragter für Erziehung und Bildung.....	55
20.11.2001	Stellvertretender Kommandeur 1. Luftwaffendivision	56



Ereignisse in der FlaRakGruppe 34 im Jahr 2001

11.01.2001 Die schlechten Nachrichten haben Konjunktur

Die nächsten Seiten werde ich nutzen um einige der vielfältigen Stimmen zur Auflösung des Standortes Rottenburg einzufangen. Ich überlasse es dabei dem Leser, sich seine Gedanken über die veröffentlichte Meinung selbst zu bilden.

Bericht aus der „Passauer neuen Presse“

CSU-Abgeordnete veröffentlicht Streichliste – Politiker kündigen Widerstand an

Kirchhamer Kaserne akut gefährdet „Ein herber Schlag für die Region“

Von Helmuth Rücker

Kirchham/Freyung.

Die Informationen, dass die Rottalkaserne in Kirchham geschlossen wird, verdichten sich immer mehr. Politiker, vom Staatsminister bis zum Bürgermeister, versuchen zu retten, was noch zu retten ist.

Mitte Dezember war die Liste mit den betroffenen Kasernen erstmals bekannt geworden. „Die Welt“ war an sie herangekommen. Gestern nannte die CSU-Bundstagsabgeordnete Ilse Aigner (Starnberg) die Namen der zehn Kasernen, deren Schließung „beschlossene Sache“ ist. Offenbar handelt es sich um das Ergebnis eines Gesprächs, das gestern militärische Führungskräfte im Verteidigungsministerium führten.

Demnach sind folgende Orte von Kasernen-Schließungen betroffen: Freising, Garmisch-Partenkirchen, Bad Aibling und Lenggries in Oberbayern, Regensburg, Kötzing und Pfeimd in der Oberpfalz, Memmingen in Schwaben und Ebern in Unterfranken. In Niederbayern sind es Rottenburg a.d. Laaber und Kirchham.



Bataillonskommandeur Karl Koch – ist er der letzte Chef der Kirchhamer Kaserne, in der 550 Soldaten und 100 Zivilbeschäftigte Dienst tun? Das „Aus“ für den Flugabwehr-Standort zeichnet sich immer deutlicher ab.
(Foto: Schlegel)

Der Luftwaffenstandort Rottenburg ist nach Auffassung von MdB Robert Leiding (SPD) – er sitzt im Verteidigungsausschuss – „massiv gefährdet“.

Die beiden betroffenen Bürgermeister von Kirchham und Pocking reagierten gestern erschrocken und enttäuscht. „Die Schließung der Rottalkaserne wäre ein herber Schlag für die ganze Region“, sagte Josef Jakob aus Pocking. „Wir haben die Hoffnung noch nicht aufge-

geben“, zeigte sich Kollege Hans Penninger optimistisch. Noch sei die Mitteilung nicht offiziell. Passaus Landrat Hanns Dorfner will gegen die Schließung „massiv Druck machen“.

Bisher war der Standort Hardheim im Odenwald als Alternative für eine Schließung von Kirchham aufgeführt. Das hat sich nach PNP-Informationen geändert. Plötzlich ist der Standort Freyung im Gespräch. Das hat MdB Barthl Kalb

(CSU) alarmiert. „Ich bin gleich in der Staatskanzlei vorstellig geworden“, sagte Kalb gestern. Es könne nicht angehen, die beiden Standorte gegenseitig auszuspielen.

Staatskanzlei-Chef Erwin Huber (CSU) kündigte an, dass sich die Staatsregierung grundsätzlich für den Erhalt aller bayerischen Standorte einsetzen werde. Was Scharping plane, sei „verteidigungspolitisch falsch“.



12.01.2001 Landshuter Zeitung

Minister Scharping will 50 Standorte schließen

Bayern mit zehn Auflösungen angeblich am meisten betroffen – Dementi aus Berlin
Noch Beratungen über endgültiges Konzept – CSU kündigt massiven Widerstand an

Berlin. (dpa/AP/E.B.) Verteidigungsminister Rudolf Scharping will im Zuge der Bundeswehrreform rund 50 Standorte in Deutschland schließen. Am stärksten treffe es Bayern mit rund 10 Stützpunkten, verlautete am Freitag aus Verteidigungskreisen in Berlin. Diese Zahlen bezeichnete Scharping am Abend als „definitiv falsch“. Frühestens am heutigen Samstagmorgen werde entschieden, sagte er. Bei der Entscheidung gehe es nicht nur um Standorte, sondern auch um Arbeitsplätze.

Scharping will die Liste mit den Einzelentscheidungen an diesem Montag dem Verteidigungsausschuss des Bundestages vorgelegen. Bis dahin wurde strengste Geheimhaltung angewiesen. Es wird mit erheblicher Aufregung in den betroffenen Kommunen und Ländern gerechnet.

Nach dem letzten Stand der Planungen sind, wie bereits kurz berichtet, folgende zehn Standorte in Bayern von der akuten Schließung bedroht: Bad Aibling (130 Soldaten), Hemau (500), Kirchham (650), Kötzing (220), Rottenburg (590), Memmingen (1800), Dillingen (830), Günzburg (790), Ebern und Heidenheim.

Auch das in Regensburg stationierte Instandsetzungsbataillon 4 sowie der Stab des Gebirgslogistikregiments 8 sollen aufgelöst werden. Der Standort und die Kaserne bleiben jedoch erhalten.

Gesichert scheint auch der Standort Pfreimd mit dem Panzerbataillon 104 in der Oberpfalz-Kaserne mit 810 Soldaten.

Die General-vom Stein-Kaserne in Freising soll zwar geschlossen werden. Dafür soll das Wehrbereichskommando IV von München in die Domstadt verlagert werden.

Scharping beriet in Bonn noch mit den Militärs über das endgültige Konzept. Die Bundesregierung will den Ministerpräsidenten in der Liste



Wird wegen der Schließung nicht weniger Bundeswehr-Standorte noch viele Proteste hinnehmen müssen: Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

Alternativ-Vorschläge für die geplanten Schließungen anbieten.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Peter Zumkley, sagte, die Strukturreform der Bundeswehr sei nach „jahrelanger Verschleppung“ durch die unionsgeführte Vorgängerregierung überfällig.

Die CSU kündigte indessen massiven Widerstand an und warf Scharping Wortbruch vor. CSU-Generalsekretär Thomas Goppel sagte, die neue Streichliste strafe Scharping Lügen. Bisher sei die Rede von Kleinststandorten gewesen. Jetzt sollten in Bayern mindestens zehn mittlere und große Standorte geschlossen werden.

Staatskanzleichef Erwin Huber erklärte, der Freistaat werde eine Benachteiligung in keinem Fall hinnehmen. Die CSU-Staatsregierung setze sich für einen Erhalt aller bayeri-

schen Bundeswehrstandorte ein: „Eine Bundeswehr nach Kassenlage statt nach den verteidigungs- und sicherheitspolitischen Notwendigkeiten gerät auf einen falschen Kurs“, unterstrich der Staatsminister.

SPD-Landeschef Wolfgang Hoderlein warf der CSU im Gegenzug vor, selbst für die Verunsicherung der Bevölkerung verantwortlich zu sein: „Hinter den seit Tagen gestreuten Gerüchten stecken die CSU-Bundestagsabgeordneten.“ Die CSU-Landesgruppe habe zudem in einem als vertraulich gekennzeichneten Papier selbst davon gesprochen, dass die geplanten Schließungen „weitgehend Sinn“ machten. Die CSU wolle die Schließungen nach eigenen Angaben vor Ort für die politische Auseinandersetzung nutzen: „Das ist abgrundtief heuchlerisch“, sagte Hoderlein.



17.01.2001..Aus Landshut aktuell

aktuell

Seite 3

Aus für Luftwaffenstandort?

Bürgermeister und Interessengemeinschaft kämpfen weiterhin für die Soldaten in Rottenburg

Rottenburg. Der Entscheidungsprozess sei in der Endphase, die Liste stehe aber noch nicht endgültig fest, heißt es aus dem Bundesverteidigungsministerium. Ein Hoffnungsschimmer also für die Rottenburger Kaserne im Zuge der Bundeswehrreform? Die Stimmung in der Stadt an der Laaber ist eine andere. Aus verständlichem Grund: Denn Hinweise auf ein baldiges Aus verdichten sich und die momentan gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage vor Ort kann der Kaserne, will man den Kriterien für eine Standortschließung Glauben schenken, zum „Verhängnis“ werden. „Das ist Kurzsichtigkeit, denn morgen kann die Arbeitsmarktlage schon ganz anders aussehen“, hält Rottenburgs Bürgermeister Hans Weinzierl in einem aktuell-Gespräch dagegen.

Mehr als 22.000 Namen stehen auf der Liste. Das sind mehr als 22.000 Bürger aus dem Landkreis und der Stadt Landshut, die mit ihrer Unterschrift zum Bundeswehrstandort in Rottenburg stehen. Auch zahlreiche Poli-

ker der Umgebung haben sich mit dieser Aktion solidarisch erklärt.

Ob sich die Aktion gelohnt hat, wird erst Ende Januar feststehen, wenn Verteidigungsminister Rudolf Scharping seine abschließende Entscheidung bekannt gibt. Stimmen ihn die 22.000 Unterschriften um? Laut Staatsminister Erwin Huber wird Ministerpräsident Edmund Stoiber jedenfalls beim nächsten Gespräch mit dem Verteidigungsminister auch von der Aktion im Raum Landshut berichten. Allerdings machte Erwin Huber im Rahmen der Unterschriften-Überreichung am Sonntag in Velden auch deutlich, dass eine Entscheidung über das Für und Wider einer Kaserne allein in Berlin getroffen werde.

Einfluss der Staatsregierung

Das sieht Bürgermeister Hans Weinzierl (Freie Wähler) anders: In die Standortdiskussion seien auch die Länderregierungen mit einbezogen „und deshalb werden auch“, so Weinzierl im Gespräch mit Landshut aktuell, „die Länderregierungen ihren Einfluss geltend machen können.“ Kein Zweifel bestehe darüber, dass die CSU den „schwarzen Peter“ allein Berlin zuschieben wolle. Weinzierl:

„Ich bin aber überzeugt, wenn die CSU das als absolute Bedingung stellt, dass der Standort Rottenburg zu behalten ist, dann ist er zu halten.“

Argumente für den einzigen Luftwaffenstandort in Niederbayern gebe es mehrere, erklärt Weinzierl. Die Garnison umfasse 730 Soldaten und 130 zivile Mitarbeiter. „Da hängen nicht nur viele Arbeitsplätze dran; das macht sie natürlich auch zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Region.“ Dass die gesamte wirtschaftliche Lage Rottenburgs positiv sei, dürfe aber kein Kriterium für eine Schließung sein. Das sei nur eine „Momentaufnahme“. „Wenn die Autoindustrie wackelt, kommt morgen für uns der große Einbruch“, bringt es der Bürgermeister auf den Punkt. Man müsse vorausschauen und durch politische Regelungen solche Standorte in der Fläche ganz bewusst fördern.

Wirtschaftliche Aspekte sprechen für Rottenburg

Für den Verbleib spreche eine weitere wirtschaftliche Überlegung: Das in Rottenburg stationierte Waffensystem HAWK sei veraltet (seit 30 Jahren im Dienst) und es mache aus wirtschaftlicher Sicht wenig Sinn, die Einheit mit diesem System

noch zu verlagern. Die Wartungsverträge seien noch für fünf Jahre abgeschlossen worden, bis ein neues Waffensystem in Frage komme. „Ein vernünftiger Kaufmann würde jedenfalls mit dem in die Jahre gekommenen System nicht mehr umziehen“, sagt Weinzierl.

„Wir wollen politisch glaubwürdig bleiben“

An der Frage, was denn bei einer Schließung der Kaserne mit dem Areal passiere, wollte sich Weinzierl nicht beteiligen. Da gibt es beispielsweise auch andere Denkweisen – jedenfalls in Regensburg. Dort hat Oberbürgermeister Hans Schaidinger angekündigt, falls die Bundesregierung die Nibelungenkaserne schließe, werde die Stadt das äußerst attraktiv gelegene Areal trotzdem nicht erwerben. „So verhalten wir uns nicht“, erklärt Rottenburgs Bürgermeister. „Wenn wir politisch einigermaßen glaubwürdig bleiben, dann bin ich sicher, wird der Standort Rottenburg nach wie vor eine gute Chance haben.“ – Doch die Stimmung in der Bevölkerung ist gedämpft. Denn die Hinweise auf das baldige Aus und das Lagebild zu den geplanten Schließungen sehen für Rottenburg eher düster aus.

Christoph Reich

22.000 Unterschriften für den Standort Rottenburg



22.000 für Rottenburg!

22.000 Unterschriften waren für den Erhalt des Bundeswehrstandortes Rottenburg zusammengekommen. Siegfried Ziegler, Initiator der Bürgerinitiative, war dementsprechend stolz auf dieses fantastische Ergebnis und wuchtete am Sonntagnachmittag drei randvolle Ordner auf des Staatsministers Arme. Da Erwin Huber wegen des Neujahrsempfangs der Veldener CSU sowieso in der Gegend war, fand die Übergabe der Unterschriftenliste auch gleich im Veldener Rathaus statt. Dort be-

tonte Rottenburgs Bürgermeister Hans Weinzierl nochmals, dass man großes Vertrauen in die Staatsregierung setze, was Huber sogleich tiefstapelnd zu relativieren suchte („Die Entscheidung liegt nicht bei uns“). Laut Verteidigungsminister Scharping ist „das letzte Wort“ noch nicht gesprochen. Dennoch: „Schmerzhaft Entscheidungen werden sich nicht vermeiden lassen...“, so Scharping in einem gestern bekannt gewordenen Brief an den Landshuter OB Deimer.

Foto: Karg



Januar 2001 „Pressestimmen“

Bundeswehrstandort wohl nicht zu retten

Der Bundeswehrstandort Rottenburg dürfte nach der LZ vorliegenden Informationen nicht zu halten sein. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping hat auf seiner Streichliste unter den zehn Standorten in Bayern mit größter Wahrscheinlichkeit auch Rottenburg stehen. Das VBK 66 in Landshut dürfte nicht betroffen sein. Offiziell wird die Liste am Montag bekanntgegeben.

Auch MdB Dr. Wolfgang Götzler sieht kaum noch eine Chance für Rottenburg, auch wenn sich die Bayerische Staatsregierung nach wie vor gegen eine Schließung ausspricht. Einen endgültigen Beschluss über die Schließungen wird das Bundesverteidigungsministerium am 15. Februar fassen. -11-

Überregionale Bedeutung

Ein Schreiben der Stadt Rottenburg zum Erhalt des Bundeswehrstandortes wurde bekannt gegeben. Einstimmigkeit herrschte darin, dass der Markt Ergoldsbach in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Rottenburg den Erhalt des Bundeswehrstandortes Rottenburg mit rund 730 Soldaten und 130 zivilen Mitarbeitern fordert. In den letzten 30 Jahren hatten viele Wehrpflichtige aus dem Markt Ergoldsbach die Möglichkeit, in Heimatnähe den Grundwehrdienst abzuleisten. Nachdem bereits der Bundeswehrstandort Landshut aufgegeben wurde, bestünde keine Möglichkeit mehr, dass Wehrpflichtige heimatnah den Wehrdienst ableisten können. Die Region 13, insbesondere der ländliche Raum, würde durch die Aufgabe des Bundeswehrstandortes Rottenburg an Wirtschaftskraft verlieren. Der Bundeswehrstandort Rottenburg hat nicht nur für die Stadt Rottenburg, sondern auch für die ganze Region große Bedeutung.

Einsatz für Militärmusiker

OB Josef Deimer: Gebirgsmusikkorps 8 erhalten

Nach seinem Einsatz für den Erhalt des Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) 66 in der Stadt Landshut und des Bundeswehrstandorts Rottenburg hat Oberbürgermeister Josef Deimer nun auch eine Lanze für das Gebirgsmusikkorps 8 Garmisch-Partenkirchen gebrochen. In einem Schreiben bat Deimer Bundesverteidigungsminister Scharping „eine landesweit übergreifende Institution wie das Heeresmusikkorps 8 als Sympathieträger der Bundeswehr nicht zu eliminieren“. Dies teilte gestern die Stadt Landshut mit.

Das Gebirgsmusikkorps 8 Garmisch-Partenkirchen ist auch in der Stadt Landshut seit vielen Jahren eine bekannte Größe: Wiederholt gaben die Musiker in der Stadt Benefizkonzerte für soziale Institutionen wie die Landshuter Lebenshilfe. „Damit

haben sie in vielen Jahren große Sympathien für unsere Bundeswehr gesammelt und für viele Menschen soziales Denken bewiesen“, stellte OB Deimer fest. Darüber hinaus müsse man auch sagen, dass Militärmusik eine wichtige Sparte des musikalisch künstlerischen Lebens darstellt.

In seinem Schreiben an Bundesverteidigungsminister Scharping hob Deimer hervor, dass die Verbindung zur Bürgerschaft in der Anteilnahme sozialer Problemstellungen eine militärische Einheit oder auch die Verteidigungsaufgaben menschlicher erscheinen lässt. Viele dieser Musiker fühlten sich einer Humanität aus freien Stücken verpflichtet. Deimer appellierte an Scharping, diese Aspekte in seine notwendigen Dispositionen miteinzubeziehen, heißt es in der Pressemitteilung.



Aus für Rottenburg

Bundeswehr-Planungen: Für drei Standorte gibt es noch Hoffnung

Luftwaffen-Garnison Rottenburg hat als einzige keine Chance mehr

Straubing/Berlin. Vier ostbayerische Standorte stehen bislang im Zuge der Bundeswehr-Strukturreform mit Reduzierung der Streitkräfte von jetzt noch mehr als 330 000 auf 285 000 Soldaten auf der Kippe. Für drei von ihnen hat sich die Lage in diesen Tagen wieder deutlich verbessert. Der vierte hingegen – Rottenburg a. d. Laaber – scheint unwiederbringlich verloren zu sein. Dies hat unsere Zeitung aus gut informierten Berliner Kreisen erfahren.

Neben Rottenburg standen in Niederbayern Kirchham (Kreis Passau) und in der Oberpfalz die Garnisonen Kötzing (Kreis Cham) und Pfreimd (Kreis Schwandorf) im Feuer, alles Standorte zwischen 250 und 750 Soldaten. Die Schließung der Luftwaffen-Garnison Rottenburg (Kreis Landshut) ist offenbar schon seit langem beschlossene Sache im Bundesverteidigungsministerium. „Da ist nichts mehr zu machen“, verlautet aus den einschlägigen Quellen.

Und das hat seinen Grund: In Rottenburg ist mit dem Luftabwehrraketensystem „Hawk“ ein aus den sechziger Jahren stammendes, mittlerweile als veraltet geltendes Waffensystem stationiert, das ausgesondert wird. Dieser Umstand kommt den militärischen Planern insofern gelegen, als sie nun gleich noch den gesamten Standort wegrationalisieren können. Rottenburg mit seinen gut

700 Soldaten und rund 130 Zivilbeschäftigten ist nicht mehr zu retten.

„Die Tendenz ist positiv“

Hingegen haben sich die Überlebenschancen für die anderen drei im Feuer stehenden Standorte in diesen Januartagen verbessert. Obwohl sie Anfang Dezember bereits auf der sogenannten „Giftliste“ standen, haben die nachfolgenden politischen, ökonomischen und sozialen Bewertungsfaktoren offenbar eine Trendwende eingeleitet. „Noch sind die drei Standorte nicht gesichert, aber so hoffnungslos wie im Dezember ist ihre Lage längst nicht mehr“, kommentiert ein politischer Insider die neue Lage: „Die Tendenz ist positiv.“

Für Kirchham (gepanzertes Flugabwehrbataillon mit 550 Soldaten) spricht stark die geographische Lage. Nachdem die Stadt Passau – wie die Stadt Landshut auch – ihre Garnison schon vor Jahren verloren hat, wäre mit der Schließung von Kirchham das gesamte östliche und südliche Niederbayern bis weit nach Oberbayern hinein ein „bundeswehrfreier Raum“. Das widerspräche dem Dezentralitätsprinzip der Bundeswehr, wonach die Streitkräfte auch in der Fläche präsent zu sein haben.

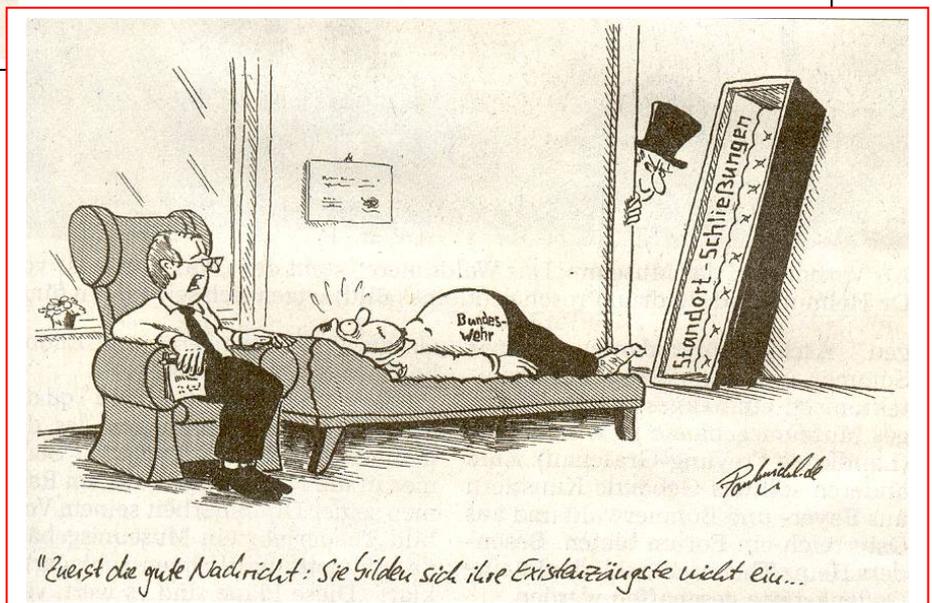
Den Standort Kötzing (Fernmelde-/elektronische Aufklärer – 250

Soldaten) hält nun offenbar auch die Luftwaffenführung für erhaltenswert. Und das Panzerbataillon in Pfreimd (600 Soldaten) kann anscheinend nicht aufgelöst oder ausgelagert werden, ohne die militärisch unverzichtbare Panzerbrigade Amberg, zu der Pfreimd gehört, entscheidend zu schwächen. Bei beiden Standorten kommen gewichtige ökonomische und soziale Argumente dazu.

Daneben scheint sich in der Endphase der Reformplanung auch die traditionell bundeswehrfreundliche Haltung der ostbayerischen Bevölkerung positiv auszuwirken. Von der hat sich Rudolf Scharping mehrmals persönlich überzeugen können.

Bekanntgabe Anfang Februar

In diesen Tagen läuft der Feinschliff der Strukturreformplanungen. Am 29./30. Januar will der Minister Verteidigungsausschuss und Fraktionen über das endgültige Konzept informieren, bevor er es Anfang Februar der Öffentlichkeit vorstellen wird. Dann, so verlautet aus den gut unterrichteten Kreisen, werden noch rund 20 Härtefälle übrigbleiben, deren Schicksal später und unter Berücksichtigung besonderer Faktoren entschieden wird. Unter ihnen könnte auch der eine oder andere Ostbayern-Standort sein. -stu-





20.01.2001 Kommentar in der „Landshuter Zeitung“

K O M M E N T A R

Der Kampf geht weiter

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Insofern ist der Bundeswehr-Standort Rottenburg tatsächlich nicht tot, weil er in den Köpfen der Menschen, Soldaten, Zivilbeschäftigten, sehr lebendig und präsent ist. Aber es ist bittere Tatsache, dass die Luftwaffen-Garnison nur noch durch ein Wunder vor der Schließung bewahrt werden kann. Rottenburg steht auf Scharpings endgültiger Streichliste. Auch Stoiber hat den Standort offenbar geopfert, um andere zu retten.

Die Betroffenen klammern sich an vage, nichtssagende und völlig unverbindliche Erklärungen aus Bonn und Berlin zugunsten der Garnison. Es ehrt sie. Aber die einschlägigen Aussagen sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. Die Hinhalte-, Abwiegelungs- und Verschleierungstaktik gehört zur politischen Strategie des leichtesten Widerstandes. So ist es immer.

Für die ministeriellen Abwickler ist die Schließung Rottenburgs ein bürokratischer Glücksfall. Hier muss nicht lange nach Gründen und Argumenten gekramt werden. Sie liegen als Auslaufmodell einer veralteten Waffentechnik auf der Hand. Da kann man den Standort doch gleich mit abwickeln... Aber die Rottenburger geben nicht auf,

sie kämpfen zäh, Zoll um Zoll und um jede Handbreit Boden.

In diesen Wochen entdecken viele Regionen von Flensburg bis Garmisch ihre Liebe zu den Bundeswehr-Standorten – nach vielen Jahren der Skepsis und Geringschätzung. Welch wundersame Wandlung! In Ostbayern war das immer anders. Da wussten die Menschen stets, was sie an ihren Garnisonen haben. Diese Treue jetzt, da es darauf ankommt, auch einmal zu belohnen, stünde dem Verteidigungsminister gut an.

Die Region Landshut hat ohnedies genug bezahlt. Erinnern wir uns an die Schließung der Schoch-Kaserne in der Stadt mit Abwicklung der Panzerbrigade 24. Das war ein Schlag ins Kontor, von dem sich die Region in mancher Hinsicht noch nicht erholt hat.

Und was Passau recht ist (das zwar ebenfalls die städtische Garnison verlor, die ländliche in Kirchham aber vermutlich erhalten wird), kann für die Region Landshut nur billig sein.

Die bayerische Staatsregierung hat vollmundig erklärt, sie wolle alle Bundeswehr-Standorte im Freistaat erhalten, Schließungen nicht ohne Kampf hinnehmen. Davon ist offenbar wenig übriggeblieben...
Bernhard Stuhlfelner



26.01.2001 Nur eine „unglückliche Formulierung“???

Ein „Vermerk“ sorgt für Aufruhr

„Unglückliche Formulierung“ in CSU-Papier zu Standortschließungen

Ein interner Vermerk des für Verteidigungspolitik zuständigen Arbeitskreises V der CSU-Landesgruppe bezüglich der bevorstehenden Standortschließungen im Zuge der Bundeswehrreform sorgt derzeit auch im Landkreis Landshut für Aufsehen.

In dem vom 5. Januar datierten Papier heißt es wörtlich: „Aus militärischer Sicht und vor dem Hintergrund der Bundeswehrreform macht die derzeitige Konzeption der Standortschließungen und Reduzierungen weitgehend Sinn.“ Und: „Die geplanten Standortschließungen und Reduzierungen sollten vor Ort, also in den betroffenen Gemeinden, für die politische Auseinandersetzung ausgenutzt werden.“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Götzer zeigte sich noch am Montag ebenso ahnungslos von der Existenz dieses Papiers wie auch MdL Josef Eppeneder. Am gestrigen Dienstag enttarnte Götzer in Berlin das für Aufruhr sorgende Schreiben dann gegenüber unserer Zeitung als „internen Vermerk ei-

nes Mitarbeiters der Landesgruppe an den Vorsitzenden“. Selbstverständlich, so der Landshuter Wahlkreisabgeordnete, habe dieser „Vermerk“ bei der Vorstandschaft keine Billigung gefunden.

Er habe, so Götzer weiter, inzwischen mit dem Autor des umstrittenen Papiers gesprochen. Dieser habe ihm erklärt, dass sich seine Aussage bezüglich des „Sinn machens“ der derzeitigen Konzeption des Verteidigungsministeriums ausschließlich auf den Hintergrund der nun eben schon beschlossenen und nicht mehr rückgängig zu machenden Bundeswehrreform insgesamt beziehe. Dies sei unabhängig davon, dass man ja eigentlich gegen die Reduzierung der Streitkräfte sei.

Der Aufruf zur politischen Auseinandersetzung mit dem Gegner sei so zu verstehen, dass die CSU nun in der Entscheidungsphase verstärkt um die Standorte kämpfen sollte. Die Wortwahl „ausnutzen“ sei allerdings eine „unglückliche Formulierung“, räumte Wolfgang Götzer ein.

Der Abgeordnete bekräftigte erneut, dass die CSU grundsätzlich

gegen die Bundeswehrreform sei und deshalb sich auch nicht an „Alternativstreichlisten“ beteiligen könne.

Das CSU-Papier gibt übrigens auch Einblick in den Stand der Planungen für die Standortauflösungen Anfang Januar. Dabei gibt das Verteidigungsministerium einem Fortbestand der Garnison in Rottenburg so gut wie keine Chance mehr.

Keinerlei Verständnis für die „haarsträubenden Äußerungen“ in dem CSU-Papier zeigte Rottenburgs Bürgermeister Hans Weinzierl. Dies dürfte seiner Meinung nach auch vielen anderen so gehen. Das Ganze entwerfe jede politische Arbeit. Zudem schade dieses Schreiben der wichtigen Sache „Standorterhalt Rottenburg“ ganz massiv. Bei den Leuten, die sich für den Standorterhalt engagieren, gebe es mehr als nur ein bisschen Enttäuschung.

„Ich spiele mit offenen Karten, und dies erwarte ich auch von den anderen“, sagte der Rottenburger Stadtchef. -bo/ll-

Das Aus für Rottenburg

**Alle Proteste sinnlos:
Bundeswehr-Standort
wird doch aufgelöst**

Von Michael Stolzenberg

Am Ende konnte die Nachricht niemand mehr überraschen: Unter den 59 Bundeswehr-Standorten, deren Schließung Verteidigungsminister Rudolf Scharping Anfang der Woche publik machte, befindet sich auch die Stadt Rottenburg. Das Aus für die Garnison mit ihren 730 Soldaten und 130 zivilen Mitarbeitern ist besiegelt.

Gescheitert sind damit die kämpferischen Bemühungen in Rottenburg und der gesamten Region, das seit Wochen und Monaten drohende Ende quasi in letzter Minute doch noch abzuwenden. Am Montag vergangener Woche wandte sich Bürgermeister Hans Weinzierl in einem letztem verzweifelten Brief

an den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber – in der sicheren Vermutung, dass Rottenburg aus militärischen Aspekten wohl nicht mehr zu retten war, sondern allenfalls noch auf der politischen Ebene etwas möglich sein könnte.

Weinzierl wies in seinem Schreiben an Stoiber u.a. noch einmal auf die eindrucksvolle Liste mit 22.000 Unterschriften für den Standort Rottenburg hin, mit dem die gesamte Region „Integration, Verständnis und Erhaltungswillen“ für die Bundeswehr dokumentiert habe. Doch auch Stoiber konnte – abgesehen, davon, dass er in den letzten Tagen vermutlich andere, hausgemachte Probleme hatte – nichts mehr ändern am Aus für Rottenburg.

Insgesamt soll im Rahmen der Bundeswehrreform die Zahl der Soldaten von derzeit 310.000 auf 282.000 reduziert werden. Parallel dazu sind auch Streichungen bei den Zivilbeschäftigten geplant – rund ein Drittel der 140.000 Stellen in diesem Bereich soll wegfallen.

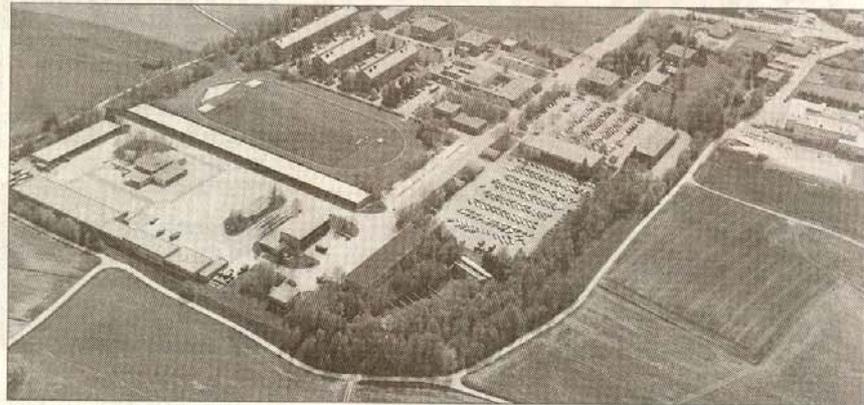


Ein schwarzer Tag für Rottenburg

Bürgermeister Hans Weinzierl befürchtet große wirtschaftliche Verluste für „seine“ Stadt

Rottenburg. Nun ist es raus. Was viele bereits im Vorfeld der Bekanntgabe von Bundeswehr-Standortschließungen befürchtet haben, ist seit Montag auch schwarz auf weiß nachzulesen: Die Rottenburger Kaserne steht auf Scharpings Liste. Da konnten selbst die 22000 Unterschriften den Verteidigungsminister nicht mehr umstimmen, die eine Rottenburger Initiative landkreisweit gesammelt hatte.

2004 sollen die Tore der Generaloberst-Weise-Kaserne endgültig geschlossen werden. Bürgermeister Hans Weinzierl (Freie Wähler) bezeichnet die Schließungspläne als „mittlere Katastrophe“: „Es wird größere Auswirkungen auf die Infrastruktur unserer Stadt geben.“ Nach der Liste sollen weitere zwölf bayerische Standorte ge-



Pläne für das Areal der Generaloberst-Weise-Kaserne „am Tag danach“ gibt es noch nicht. Bürgermeister Weinzierl will erst über eine Verlängerung verhandeln, die über das Jahr 2004 hinaus gehen soll.

schlossen werden. Zum „Verhängnis“ wurde dem Rottenburger Luftwaffenstandort dessen veraltetes System HAWK – wie insgesamt zwei Drittel der Kasernen mit diesem Waffensystem. „Das war unser größter Minuspunkt“, sagte MdB Horst Kubatschka (SPD) in einem Gespräch mit Landshut aktuell. Da habe selbst das Argument, dass große Bereiche in der Region „bundeswehrrfrei“ seien, bei Scharping nicht gefruchtet. Gegen den Erhalt des Standortes habe auch die gute Arbeitsmarktlage und die positive Ausbildungssituation gesprochen, sagte Kubatschka. Bei einem Plus an Ausbildungsplätzen in der Region tue sich die Bundesregierung mit der Nachwuchsgewinnung härter, als beispielsweise in Gebieten mit einer schlechteren Ausbildungssituation. „Dort kann die Bundeswehr für die jungen Leute vielleicht die einzige Alternative sein.“

Als großen Pluspunkt bewertete Kubatschka die Solidarität der Bevölkerung mit dem Bundeswehrstandort an der Laaber. „Leider haben die 22000 Unterschriften letztlich nichts mehr gebracht, aber sie haben Rottenburg und mich im Einsatz um den Erhalt der Kaserne sehr unterstützt.“

Rottenburger Kaserne wird 2004 geschlossen

Bis 2004 soll die Einsatzfähigkeit der Generaloberst-Weise Kaserne noch erhalten bleiben. „Aber die Zivilbeschäftigten haben jetzt schon die Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt umzuschauen“, sagte Kubatschka. Er betonte auch – wie das bei Umstrukturierungen in Betrie-

ben schon zum Standardsatz gehört – dass der Abbau sozialverträglich geschehen werde und es keine betriebsbedingten Kündigungen gebe. Um Alternativen für die Zivilbeschäftigten habe er sich bisher nicht gekümmert, weil er um den Standort gekämpft habe. „Wenn aber Bedarf ist, werde ich versuchen zu helfen“, sagte Kubatschka.

Letzte Abstimmung mit den Ländern im Februar

Rottenburgs Bürgermeister Hans Weinzierl betrachtet die Pläne aus Sicht der bundespolitischen Entscheidung als endgültig. „Die bayerisch-politische Schiene möchte ich aber nicht aus der Verantwortung nehmen“, betonte der Rathauschef. „Sie haben immer noch die Möglichkeit, das zu korrigieren, was sie bereits im Vorfeld gekonnt hätten, wenn sie das unbedingt gewollt hätten.“ Damit bezieht sich Weinzierl auf Scharpings Konzept, das eine letzte Abstimmung mit den Länderchefs Mitte Februar vorsieht. Dann können die Länder mit Alternativ-Vorschlägen aufwarten. Das heißt: einen auf der Liste stehenden Standort gegen einen anderen im selben Bundesland tauschen, sofern dies militärisch Sinn macht.

Weinzierl schlägt Freising als Streich-Standort vor. Eine Kaserne weniger in der wirtschaftsstarken Region falle nicht in dem Maße ins Gewicht, als in dem strukturschwachen Gebiet Rottenburg. „Das ist ein heißes Eisen, einen Standort vorzuschlagen, der gar nicht zur Debatte stand“, räumte Kubatschka ein. Die Aussichten auf Erfolg schätzt auch Bürgermeister Weinzierl deshalb als „nicht gut“

ein. In der Rangfolge sei man im Freistaat offensichtlich nicht ganz vorn mit dabei. „Leider werden Standorte aus bestimmten Interessen gehalten und andere nicht.“

MdL Josef Eppeneder (CSU) sagte gegenüber Landshut aktuell, er werde in München nochmals deutlich machen, „was für ein Verlust das für die Region bedeutet“. Nach der Schließung der großen Garnison in Landshut und später des Kreiswehersatzamtes dürfe man eine weitere Schwächung der Region nicht hinnehmen. Seinen Tatendrang schränkte er aber anschließend deutlich ein: „Wenn die Entscheidung bereits in den Köpfen ist, bringe ich das nicht mehr so leicht weg.“ Man müsse trotzdem „bis zum Letzten“ einen gemeinsamen Weg gehen und wegen der Streichliste bloß „keine Schuldzuweisungen machen“. Allerdings müsse nach einer möglichen negativen Entscheidung im Februar darüber nachgedacht und offen gesagt werden, „warum das so gekommen ist“.

Schließung um zwei Jahre verschoben

Weinzierl will über die vorgesehene Schließung 2004 noch verhandeln. „Vielleicht können wir ein oder zwei Jahre verlängern.“ Die Einbußen könne man damit zwar aufschieben, aber langfristig trotzdem nicht „eins zu eins“ auszugleichen. Wie das Kasernen-Areal sinnvoll zu nutzen sei, dafür gebe es noch kein Konzept: „Ich bin nicht der Zauberer, der auf so eine Situation schnell reagieren kann, dafür ist die Lage viel zu einschneidend.“

Christoph Reich



Kahlschlag, JA!??

„Bundeswehr-Kahlschlag: Verantwortung trägt allein Rot/Grün“

In dem Bericht „Nicht den Bock zum Gärtner machen“ (LZ vom 3. Februar 2001) werde ich am Schluss mit der Äußerung zitiert, dass sich die Union mit der sogenannten Bundeswehrreform der rot-grünen Bundesregierung „abgefunden“ habe und vor diesem Hintergrund Standort-schließungen als „vernünftig erachte“. Diesen von mir nicht so verwendeten Formulierungen, die einen unzutreffenden Eindruck der klaren Haltung der CSU zu dem Thema vermitteln, liegt ein Missverständnis auf Seiten des Berichterstatters zugrunde, das freilich leicht passieren konnte und unschwer nachvollziehbar ist. Schließlich haben die rot-grüne Bundesregierung und ihre Sachwalter vor Ort dicke Nebelschwaden geworfen, um davon abzulenken, dass Rot-Grün ganz allein schuld ist an dem Kahlschlag unter den Bundeswehrstandorten und auch an dem Aus für die Rottenburger Garnison.

Noch Mitte Januar – also wenige Tage vor der Bekanntgabe des Berliner Urteilsspruchs über den Standort Rottenburg – hat Scharpings Staatssekretär Biederbeck in einem Schreiben an mich und andere niederbayerische Mandatsträger behauptet, dass die Presse-Veröffentlichungen mit Streichlisten für Bundeswehrstandorte „ausschließlich nicht abgestimmte Überlegungen beziehungsweise Zwischenergebnisse“ wiedergäben.

Zu diesem Zeitpunkt, als engagierte Bürger in und um Rottenburg noch fleißig Unterschriften gegen die Schließung des Luftwaffenstützpunktes sammelten, hatte der Staatssekretär noch die Stirn, uns Mandatsträger aufzufordern, mitzuhelfen, die Verunsicherung der Bevölkerung in den betroffenen Standorten zu zerstreuen. Dabei waren die Würfel im Bundesverteidigungsministerium längst gefallen.

In dem unwürdigen Verwirrspiel meint nun auch der Rottenburger Bürgermeister, sich unruhlich hervor tun zu müssen: Er lobt die SPD-Politiker, die allein für den Kahlschlag verantwortlich sind, sei es nun die Spitze des Bundesverteidigungsministeriums oder seien es die SPD-Bundestagsabgeordneten, die im Parlament für den Bundeswehrrückbau gestimmt haben und macht damit tatsächlich den Bock zum Gärtner.

Bekanntlich kämpft die CSU-Landesgruppe bereits seit dem Sommer letzten Jahres massiv gegen die Pläne von Verteidigungsminister Scharping: Wir haben uns von Anfang an klipp und klar gegen die numehr von

Rot-Grün beschlossene sogenannte Bundeswehrreform gewandt, weil wir sie weder sicherheitspolitisch noch militärisch für vernünftig erachten – sondern im Gegenteil für schädlich: Rot-Grün ist dabei, Deutschland verteidigungspolitisch langsam, aber sicher zu einem dritt-rangigen Staat zu machen.

Wir CSU-Bundestagsabgeordneten haben im selben Atemzug vor der Schließung vieler großer Standorte als zwangsläufige Folge der Rot/Grünen Truppenabbaupläne gewarnt; auf die Gefährdung der Rottenburger Kaserne durch Scharpings Reduzierungspläne haben die örtlichen CSU-Mandatsträger in einem Pressegespräch mit der *Landshuter Zeitung* bereits im Juli 1999 hingewiesen. Prompt kam von Scharping das Dementi. Vollmundig behauptete er im letzten Sommer, die rot-grüne Bundesregierung lehne eine „Politik der Standortschließungen“ ab. Bereits damals ist von Rot-Grün in puncto Bundeswehr gelogen worden, dass sich die Balken bogen.

Die rot-grüne Koalition, in deren Führungskadern Dutzende von ausgewiesenen, langjährigen Bundeswehr- und NATO-Feinden sitzen, arbeitet kräftig am Abbau der Bundeswehr zu einer Miniarmee und wird in bestimmten Kreisen der Bevölkerung und diversen Publikationen dafür auch noch gelobt. Weil der Standort-Kahlschlag in Bayern aber gar nicht ankommt, versucht man der CSU einen Misserfolg ans Bein zu schmieren, mit dem sie rein gar nichts zu tun hat. „Man“ – das sind im konkreten Fall vor allem SPD-Politiker sowie Vertreter von Gruppierungen, die von Antipathien gegen die CSU liebend gerne profitieren.

Die Gegner der CSU weisen jetzt auf ein angebliches „Geheimpapier“ der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hin, auf das mich der LZ-Redakteur angesprochen hat; darauf beziehen sich die eingangs zitierten Sätze. Bei dem Papier handelt es sich – wie ich zwischenzeitlich erfahren habe – um einen im Januar dieses Jahres erstellten internen Vermerk eines Mitarbeiters der Landesgruppe, der erst wenige Wochen in seinem neuen Aufgabengebiet tätig war, als er ihn verfasste. Der Vermerk enthält einige fehlerhafte und verfehlte Formulierungen und wurde deshalb von der CSU-Landesgruppen-spitze niemals gebilligt, ja er war nicht einmal Gegenstand einer Diskussion in der CSU – bis SPD-Kreise ihn als angebliches „CSU-Geheimpapier“ zu völlig haltlosen Unterstellungen benutzt haben. Die allermeisten CSU-Bundestagsabgeordneten – mich eingeschlossen – kannten den Vermerk überhaupt nicht.

Politischer Schlagabtausch und auch harte Auseinandersetzungen – sie gehören zu einer parlamentarischen Demokratie. Aber ein so kalt-schnäuziger Umgang mit den Sorgen von Tausenden von Bürgern, die sich für den Erhalt des Standortes Rottenburg ausgesprochen haben, und ein solches Ausmaß von Heuchlerei, wie es von Rot-Grün bei der Diskussion um dieses Thema an den Tag gelegt wurde und immer noch wird – nein, danke: So etwas schadet unserem Staat als Ganzem und ist ein Schlag ins Gesicht jedes Bürgers, der zur Bundeswehr steht.

Dr. Wolfgang Götzer
Altstadt 29
84028 Landshut



„Dies war kein Kahlschlag“

SPD: Niederbayerns Bundeswehrstandorte gefestigt

Deggendorf. (me) Im Mittelpunkt der Bezirksvorstandssitzung der Niederbayern-SPD in Deggendorf standen die Ausführungen von MdB Robert Leidinger, der als Mitglied des Verteidigungsausschusses die Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreform wertete. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sei es gelungen, diese Entscheidung in einem kurzen Zeitraum geschafft zu haben. Leidinger erinnerte daran, dass bei den Reformen der Vorgängerregierung 1991/92 und 1994/95 rund 22 Prozent aller Standorte in Bayern geschlossen worden seien; von der jetzigen Maßnahme seien nur 19 Prozent betroffen.

Die Bundeswehr aus der Zeit des Kalten Krieges konnte auf keinen Fall mehr aufrecht erhalten werden. Die Streitkräfte würden insgesamt um 17 Prozent reduziert, aber nur 6,5 Prozent der Standorte stünden auf der Streichliste. Den von der CSU erhobenen Vorwurf eines Kahlschlags bezeichnete Leidinger als Unsinn. Mit Mitterharthausen, Bogen, Freyung und Regen seien vier Standorte in der Region in ihrer Qualität mehr als gesichert worden. Teilweise würden sie sogar noch ausge-

baut. Seine Initiativen, in Mitterharthausen und Bogen auf Sanitäter und Pioniere zu setzen, seien voll mit aufgegangen.

Die Reform werde in einem überschaubaren Zeitrahmen abgewickelt. Bis 2006 solle der militärische Bereich und bis 2010/2012 der zivile Bereich, hier ohne Kündigungen, abgewickelt werden. Für Rottenburg sehe er deswegen keine Chance, weil hier ein veraltetes System aus den 50er Jahren beheimatet sei. MdB Horst Kubatschka kündigte an, trotzdem alles Erdenkliche für den Erhalt des Standortes zu unternehmen. Sollte diese Absicht nicht erfolgreich umgesetzt werden können, werde er auch eine Schließung des Bombenabwurfareals bei Siegenburg fordern.

Auch MdL Gudrun Peters erklärte, ohne Wenn und Aber für Kirchham zu kämpfen. Es könne nicht angehen, dass ein ganzer Bereich Niederbayerns völlig aus dem Standortatlas gestrichen werde. Bruni Irber kritisierte, dass die CSU Listen zu den Standortstreichungen lanciert hätte, die ausschließlich darauf ausgerichtet waren, die Standorte gegeneinander aufzustacheln.

Kahlschlag, NEIN??!

Der vorerst „letzte Schlag“

„Kleiner Spielraum bleibt“

Staatsregierung kann in Ressortkonzept noch eingreifen

Rottenburg. Der Bundesminister der Verteidigung hat am Montag seine Entscheidungen zur Feinausplanung und zur Stationierung der Bundeswehr im Rahmen der „Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf“ bekannt gegeben.

Dass aber auf politischer Ebene die letzten und entscheidenden Beschlüsse noch gefasst würden, erklärte gestern bei einem Gespräch mit unserer Zeitung der stellvertretende Kommandeur der Flugabwehrraketengruppe 34, Oberstleutnant Manfred Jäger. Mit den Vorschlägen, die der Bundesverteidigungsminister nun vorgestellt habe, sei ein Ressortkonzept erstellt worden, das dann in einem endgültigen Stationierungskonzept aufgehen werde. Der Verteidigungsminister habe deutlich gemacht, dass Strukturänderungen unumgänglich seien. Jedoch, so Oberstleutnant Jäger, sei ein kleiner Spielraum noch vorhanden, dass die Politiker noch Änderungen vornehmen



Oberstleutnant Jäger beim Gespräch mit der LZ

könnten. Ziel der Neuausrichtung sei es, die Streitkräfte an das grundlegend veränderte Aufgaben- und Fähigkeitsprofil anzupassen, wofür die

vorliegenden Entscheidungen ein wichtiger Meilenstein sein werden. Für den Bereich der Flugabwehrraketengebiete würden die Waffensysteme auf den Umfang reduziert, der vor dem Hintergrund des künftigen Fähigkeitsprofils mit Vorrang Beiträge für die erweiterte Luftverteidigung der Bundeswehr zur Sicherstellung des Schutzes eingesetzter Kräfte im Rahmen von Kriseneinsätzen und Bündnisverteidigung erforderlich sei. Die derzeit sechs Flugabwehrraketengeschwader würden auf vier reduziert. Oberstleutnant Jäger erklärte, dass nach derzeitigem Planungsstand in Bayern die Waffensysteme HAWK und ROLAND künftig in Leipheim ihre neue Heimat finden könnten, und der Stab des Flugabwehrraketengeschwaders V in Manching stationiert werde.

Ob letztendlich für den Standort Rottenburg noch eine andere Entscheidung getroffen werden wird, müsse bis zur endgültigen Bekanntgabe Mitte Februar abgewartet werden.



Eine Bemerkung am Rande:

Lassen wir die Berichterstattung über die Auflösung des Standortes Rottenburg etwas in den Hintergrund treten, denn es wurde auch noch Dienst geleistet in Rottenburg. Und die Gäste kamen im Jahre 2001 so zahlreich wie selten zuvor. Der besseren Übersicht wegen habe ich sie am Ende des Jahresberichtes aufgeführt.

18.01.2001 Neujahrsempfang in der GOW-Kaserne

Informationsveranstaltung

Thema: **Neustrukturierung der
Bundeswehr**



*Auswirkungen auf die Flugabwehrraketengebände
der Luftwaffe*

Referent: **Oberstleutnant *Harry Muders***
Kommandeur Flugabwehrraketengruppe 34



am: **18. Januar 2001**
um: **19.30 Uhr**

**Im Wirtschaftsgebäude der
Generaloberst-Weise-Kaserne**



„Gutes Personal ist das wichtigste Kapital“

Bis auf den letzten Platz war der Speiseraum im Wirtschaftsgebäude der GOW-Kaserne am Donnerstag gefüllt, wo der diesjährige Neujahrsempfang mit einem Vortrag des Kommandeurs zum Thema der Neustrukturierung der Bundeswehr stattfand.

Eine besondere Brisanz hatte das Thema, da es ja unmittelbare Auswirkungen auf den Standort Rottenburg hat. Der Kommandeur konnte jedoch noch keine verbindlichen Aussagen über die Zukunft des Standortes machen, da die laufenden Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien und das Ergebnis noch politisch beraten werden muss. Der Kommandeur betonte auch, dass an der Diskussion weder die Truppe noch er selbst oder seine direkten Vorgesetzten beteiligt sind oder werden.

Der Redner informierte ausführlich über die beschlossenen Grobstrukturen der zukünftigen Streitkräfte.

Zum Ziel und Zweck einer neuen Struktur der Bundeswehr erklärte der Kommandeur, dass seit Beginn der 90er Jahre keine großen Konfliktsituationen des Kalten Krieges vorherrschten und somit die damalige Bundesregierung beschloss, die Bundeswehr zahlenmäßig zu verringern und auch strukturell anzupassen, was dann ab Mitte der 90er Jahre in die Tat umgesetzt wurde.

Zeitgleich habe Deutschland und die Bundeswehr im Bündnis wie in der Völkergemeinschaft die Erfahrung neuer Kriegsbilder und Konfliktformen gemacht. Hierbei habe sich gezeigt, dass die Bundeswehr aus ihrer bereits angepassten Struktur heraus, Anträge im neuen Aufgabenspektrum wie Auslandseinsätze, Friedensdurchsetzung und –wahrung, in kleineren professionellen Kontingenten über einen längeren Zeitraum nicht optimal hätte wahrnehmen können. Zu einseitig sei immer noch die Ausrichtung auf die traditionell übernommene Aufgabe der Landesverteidigung, zu kostspielig und ineffizient das festhalten an hohlen Strukturen.

Zweck der anstehenden Reform der Bundeswehr sei es, ein neues Fähigkeitsprofil für die Streitkräfte zu gewinnen, dies unter den Gesichtspunkten geringeren personellen Aufwands, größerer Professionalität und erhöhter wirtschaftlicher Effizienz zu gewährleisten. Der verfassungsmäßige Auftrag und das deutlich erweiterte Einsatzspektrum prägten das künftige Fähigkeitsprofil der Streitkräfte. Gemeinsam mit den Verbündeten und Partnern entwickelte internationale Initiativen zielten darauf ab, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehöre die personelle Ausrichtung auf Einsatzaufgaben. Die Einsatzkräfte würden nahezu verdreifacht. Zukünftig werde die Bundeswehr über Einsatzkräfte von circa 150.000 Soldaten verfügen, die alle Anforderungen erfüllen, zu denen man sich der NATO und EU gegenüber verpflichtet habe.

Die Einsatzkräfte würden durch circa 108.000 Soldaten der militärischen Grundorganisation ergänzt. Daneben würden 22.000 Dienstposten für die Ausbildung und insbesondere für die zivilberufliche Qualifizierung der Soldaten eingerichtet. Der zukünftige Gesamtumfang der Streitkräfte werde somit 280.000 Soldaten betragen. Hinzu kämen mindestens 2.000 Wehrübungsplätze.

Im Zeitplan sei vorgesehen, bis spätestens Ende 2001 die gesetzlichen und tariflichen Regelungen zu Anpassung der Personalstärken und –struktur, zum Abbau der Verwendungs- und Beförderungsstaus und zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften zu verabschieden.

Außerdem soll der Erlass der neuen Konzeption der Bundeswehr bis dahin abgeschlossen und die neue Konzeption der Reservisten verabschiedet sein.

Der Kommandeur sprach neben dem Heer und dem Sanitätsdienst insbesondere die Spitzengliederung bei der Luftwaffe an. Deren Einsatzkräfte umfassen zukünftig ein Aufklärungsgeschwader, vier (bisher fünf) Jagdbombergeschwader, drei Jagdgeschwader (bisher vier), vier (bisher sechs) Flugabwehrraketengeschwader und vier (bisher acht) Radarführungsverbände.

Gut ausgebildetes und motiviertes Personal sei auch künftig das wichtigste Kapital für die Streitkräfte. Der Redner sprach die neuen Besoldungsstufen an und ging auf die Einstellung von Frauen für den freiwilligen Dienst in allen Bereichen der Streitkräfte ein. Zum 1. Januar seien 244 weibliche Soldaten übernommen worden und absolvierten nun ihre Grundausbildung. Am 1. März werde die erste Soldatin in eine Einsatzstaffel der FlaRakGrp 34 versetzt.

Abschließend behandelte der Kommandeur die Waffensysteme PATRIOT, ROLAND und HAWK. Die starke Verringerung der Verbände, so der Kommandeur, möge man bedauern, sie habe aber auch ihre Vorteile, denn sie dienen der Straffung der Streitkräfte und da freigesetzte Personal könne in die verbleibenden Verbände „reinvestiert“ werden.

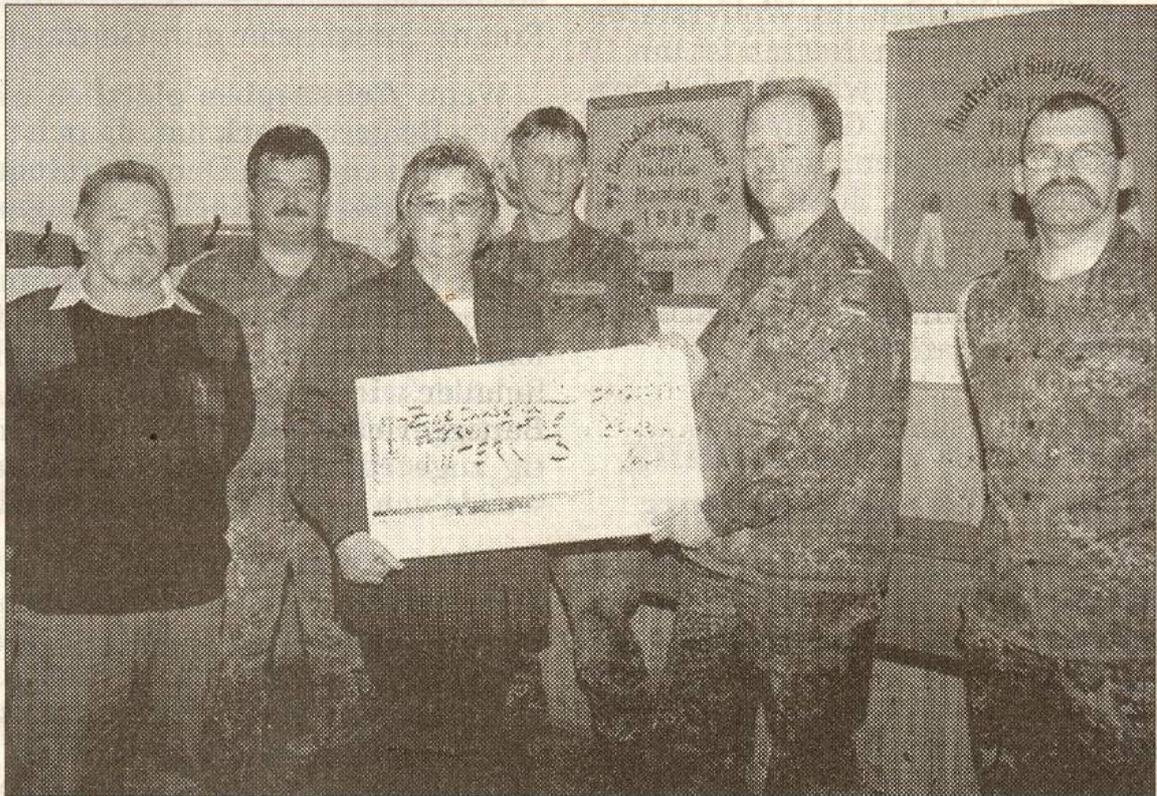
In Bezug auf den Standort Rottenburg erklärte OTL Muders abschließend, dass es militärische Effizienzkriterien gebe, nach deren Anlegung der Standort Rottenburg sicherlich in Frage komme. Jedoch habe der Minister immer wieder versichert, dass auch umfassendere Kriterien für die Entscheidung berücksichtigt würden.



10.02.2001 Spende der 1. Staffel für Elterninitiative „Intern 3“

Soldaten spendeten

Elterninitiative „Intern 3“ wurde unterstützt



Übergabe des Schecks an Doris Platzer

Rottenburg. Bereits zum neuten Mal übergab die 1. Staffel der Flugabwehrraketengruppe 34, vertreten durch den Staffelchef, Hauptmann Martin Rebelein und den Staffelfeldwebel Hauptfeldwebel Klaus Stellmann eine Spende an die Elterninitiative „Intern 3“ im Dr. von Haunerschen Kinderspital in München.

Das Geld stammt aus der Jahresabschlussfeier. Die Pressebeauftragte der Initiative, Doris Platzer, nahm mit großem Dank die 2000 Mark entgegen. Der Elterninitiative wurden in den letzten Jahren fast 15 000 Mark durch die Solda-

ten der 1. Staffel zur Verfügung gestellt. Das Geld soll helfen die Bedingungen der an Krebs oder schwere Anomalien des Blutes erkrankten Kinder verbessern zu helfen.

Alle Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Einheit gaben bereitwillig und ermöglichten so die Übergabe dieses hohen Betrages.

Besonders erwähnt sei hier die tatkräftige Unterstützung von Stabsfeldwebel Josef Diermeier und Hauptfeldwebel Hans Jürgen Lehmann sowie der zivilen Wachmannschaft von Leibersdorf.



16.02.2001 Faschingsball der Unteroffiziere

„ und jetzt erst recht“ Hochstimmung beim Ball der Unteroffiziere



Die Pfeffenhausener Narrhalle begeisterte die Ballbesucher

Rottenburg. Schon lange war der Ball der Unteroffiziergemeinschaft geplant und vorbereitet, dass er auf den Tag fallen würde, an dem das Aus für den Bundeswehrstandort Rottenburg endgültig bekannt gegeben wurde, war nicht vorher zu sehen. Das Unteroffizierheim war herrlich geschmückt und es hatten sich so viele Besucher wie noch nie angemeldet, sehr zur Freude der Veranstalter. Rasch war der Saal gefüllt und viele fantasievoll verkleidete Damen und Herren gaben sich ein Stelldichein und verbrachten, so quasi, nach dem Motto: „.... jetzt erst recht“ einen schwungvollen Abend.

Mit heißen Rhythmen lockten die „Paparazzis“, die inzwischen zur „Hausband“ geworden sind und alle Jahre wieder das Publikum begeistern, die Närrinnen und Narren auf die Tanzfläche. Der Vorsitzende der Unteroffiziergemeinschaft, Hauptfeldwebel Klaus Stadler war sichtlich

begeistert von dem großartigen Besuch und wünschte allen Gästen, unter ihnen auch MdB Horst Kubatschka, stellvertretenden Kommandeur Manfred Jäger und Landgerichtspräsident Heinrichsen mit Gattinnen, einen vergnügten und beschwingten Abend.

Die Stimmung war hervorragend und so wurde auch die Narrhalla von Pfeffenhausen mit Prinz Christoph I und Prinzessin Manuela II mit tosendem Applaus begrüßt. Die Begrüßungsworte des Prinzenpaares wurden ebenso beklatscht, wie die schwungvollen und mitreißenden Tänze der Garde sowie der elegante Prinzenwalzer. Natürlich gehörte auch die Ordensverleihung zum Programm. Zur Abkühlung bzw. Stärkung ging es dann in die gut bestückte Bar. Bis in den frühen Morgen hinein wurde bei bester Stimmung Fasching gefeiert, beim einzigen Maskenball in der Laaberstadt.



Die Erklärung der „Grob- und Feinausplanung“



Bundesministerium der Verteidigung
Staatssekretär

Bonn, 16. Februar 2001

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die Bundesregierung hat im Juni 2000 das Konzept für die Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf gebilligt. Im Herbst wurde Ihnen das Konzept für die Grobausplanung vorgestellt. Am 29. Januar 2001 hat Minister Scharping seinen Entwurf eines Ressortkonzepts und die Planungen über die zukünftigen Standorte der Bundeswehr bekanntgegeben.

Gestern wurde die zweite und abschließende Gesprächsrunde mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer zur künftigen Stationierung abgeschlossen. Die erneute Einbindung der Regierungschefs hat gewährleistet, dass auch die aus Landessicht bedeutsamen Aspekte in den Entscheidungsprozess Eingang finden konnten.

Die Vielzahl konstruktiver und bedenkenswerter Anregungen hat in einigen Fällen zu einer Anpassung der Planungen geführt, sofern dies die Auftragserfüllung der Bundeswehr und eine ausgewogene Stationierung nicht in Frage gestellt hat. Natürlich konnten nicht alle Wünsche umgesetzt werden. Nicht selten waren harte Entscheidungen zu treffen, vor allem dann, wenn Standorte betroffen sind, in denen die Menschen vor Ort seit vielen Jahren fest zu ihrer Bundeswehr stehen.

Gleichwohl wurde den Belangen der Länder in hohem Maße Rechnung getragen. Es werden beispielsweise aus strukturpolitischen Gründen deutlich weniger Standorte geschlossen als es betriebswirtschaftliche Gründe eigentlich geboten hätten. So verzichtet die Bundeswehr auf ein Rationalisierungspotential von mindestens einer halben Milliarde DM. Dies ist in erster Linie ein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen.



Fortsetzung

2

Dem Interesse der Länder, Kreise und Gemeinden wird aber auch durch die Entwicklung von nicht mehr benötigten Liegenschaften zu neuen Stadtteilen, zur Erstellung von preiswertem Wohnraum gerade in Ballungszentren oder zur Ansiedlung von Betrieben Rechnung getragen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Konversion, der in Großstädten naturgemäß leichter gelingt als in kleineren Städten oder im ländlichen Raum.

Ich möchte Sie heute aus erster Hand über die abschließenden Entscheidungen informieren. Darüber hinaus steht im INTRANET der Bundeswehr und im INTERNET eine Gesamtaufstellung aller künftigen Standorte der Bundeswehr in Deutschland.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Mit den Stationierungsentscheidungen haben wir eine wichtige Etappe auf dem Weg zur neuen Bundeswehr erreicht. Jetzt geht es an die Ausplanung der Feinstrukturen.

In dieser Phase unterziehen wir bestehende Verfahren, Verwaltungsabläufe und das Zusammenspiel von Streitkräften und ziviler Verwaltung einer eingehenden Überprüfung. Moderne Streitkräfte sind ohne eine moderne und effiziente Verwaltung nicht denkbar.

Die Richtung ist klar. Die Wehrverwaltung der Zukunft muss flächendeckend ausgerichtet sein und dezentral mit möglichst geringem Aufwand ein Höchstmaß an nutzer- und bürgerfreundlicher Leistung erbringen. Der Umbau der Bundeswehr bietet die Chance, unsere Verwaltung in diesem Sinne neu auszurichten – und zwar unter bewusster Kooperation mit der Wirtschaft.

Die Erneuerung von Grund auf ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Erste organisatorische Schritte der Umsetzung werden bereits in diesem Jahr erfolgen. Das Gros der Maßnahmen wird in den Jahren 2002 – 2004 liegen und etwa 2006 zum Abschluss gebracht. Für die vor uns liegenden Aufgaben bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und Mitarbeit. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Verwaltung auf die Erfordernisse einer modernen Dienstleistungsgesellschaft ausrichten.

Wichtige Entscheidungen für den Umgestaltungsprozess sind bereits eingeleitet. Das Bundesamt für Wehrverwaltung behält seinen Dienstsitz in Bonn. Hier werden zukünftig die Aufgaben gebündelt, die für die Planung, Steuerung und Durchführung aller zivilen Einsatzaufgaben der Territorialen Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr notwendig sind. Das BAWV wird darüber hinaus die Wehrbereichsverwaltungen von Querschnittsaufgaben entlasten und u.a. alle Bedarfsträgeraufgaben der Territorialen Wehrverwaltung bei der Einführung von SAP R/3 wahrnehmen.



Fortsetzung

3

Die Aufgabenbereiche der Wehrbereichsverwaltungen werden neu geordnet. Die Wehrbereichsverwaltung VII heißt zukünftig Wehrbereichsverwaltung III. Auch nach Zusammenführung der Wehrbereichsverwaltung I und II zur künftigen Wehrbereichsverwaltung I in Hannover, der Wehrbereichsverwaltung III und IV zur künftigen Wehrbereichsverwaltung II in Düsseldorf und der Wehrbereichsverwaltung V und VI zur künftigen Wehrbereichsverwaltung IV in Stuttgart verbleiben jeweils etwa 550 Dienstposten in Kiel, Wiesbaden und München.

Abschließende Entscheidungen zu einer strafferen Struktur und Ausplanung der Wehrbereichsverwaltungen und der Außenstellen können erst im Verlauf des Jahres 2001 getroffen werden. In den kommenden Monaten werden dazu die Arbeitsabläufe und Verfahren zwischen Bundesamt für Wehrverwaltung, Bereichsverwaltungen und Standortverwaltungen auf Doppelarbeit und Effizienzgewinne untersucht. Darüber hinaus werden wir eingehend die Möglichkeiten und Chancen neuer Informationstechnologien ausloten und sie in den Prozess der Neustrukturierung mit einbeziehen.

Die neue Konzeption für die Kreiswehrrersatzämter liegt bereits vor. Um auch in Zukunft in der Fläche präsent zu sein und den jungen Männern kurze Wege zu ihrem serviceorientiertem Kreiswehrrersatzamt zu ermöglichen, bleiben insgesamt 81 Kreiswehrrersatzämter erhalten. Lediglich die Kreiswehrrersatzämter Itzehoe und Weilheim werden geschlossen. Deren Aufgaben werden zukünftig von den Kreiswehrrersatzämtern Kiel und Kempten wahrgenommen.

Die Teilstreitkräfte werden ihre Einsatzkräfte deutlich reduzieren. So wird z.B. das Heer 40 % der Kampftruppe, 50 % der Führungsunterstützungstruppe, 40 % der Kampfunterstützungstruppe und 60 % der Logistiktruppen auflösen. In der Luftwaffe werden die Fliegenden Einsatzverbände um ein Viertel verkleinert. Der Flugabwehrraketens- und der Radarführungsdienst werden nahezu halbiert. Und auch in der Marine sind signifikante Reduzierungen in allen Bereichen vorgesehen.

Die Verkleinerung der Streitkräfte macht zwangsläufig auch erhebliche Einschnitte bei den Standortverwaltungen erforderlich. Es gilt jedoch weiterhin der Grundsatz, die Verwaltung folgt der Truppe. Die geplante Auflösung von 49 Standortverwaltungen bedeutet daher nicht, dass alle zivilen Dienstposten an diesen Standorten entfallen. In den aufzulösenden Standortverwaltungsgebieten verbleiben meist – wenn auch in Anzahl und Größe reduziert – militärische und zivile Einrichtungen. Deren Betreuung muss auch in Zukunft sichergestellt sein. Deshalb wird ein Teil der Mitarbeiter auch weiterhin auf ihren Dienstposten weiter beschäftigt werden können. Dann allerdings als Mitarbeiter der für diesen Bereich zuständigen neuen Standortverwaltung. Wie eine moderne Struktur der neuen Standortverwaltungen aussehen wird, wie viele Außenstellen bzw. Bezirksverwaltungen ihnen unterstellt werden müssen, ist Gegenstand der Feinausplanung.



Fortsetzung

4

Die Reduzierung der Streitkräfte ermöglicht auch eine Anpassung der logistischen Einrichtung in der Bekleidungswirtschaft. Modernste Lager- und Kommissioniertechnik und ein leistungsfähiges Datenverarbeitungssystem erlauben, dass die Versorgung mit Bekleidung künftig nur noch aus zwei Bekleidungscentren in Flensburg und Wildflecken erfolgen kann. Für Sonderaufgaben wird ein Bekleidungscentrum in Prossen eingerichtet. Die Aufbereitung getragener Bekleidung wird in zwei Aufbereitungscentren in Haren und Bietigheim-Bissingen zusammengefasst.

Die Verringerung der Truppenstärke und die durch die Veränderung der sicherheitspolitischen Gesamtlage verlängerten Vorwarnzeiten geben Spielraum für die Lagerung von Einsatzverpflegung. Zukünftig wird nur noch ein Verpflegungsamt benötigt. Auch die Zahl der Außenstellen kann um mindestens 25 % zurückgeführt werden. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ergeben sich ggf. noch weitere Optimierungsmöglichkeiten.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

ich kann nachvollziehen, dass die nackten statistischen Daten bei Ihnen die Frage nach der Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes aufwirft. Diese Sorge möchte ich Ihnen nehmen. Der Umbau der Bundeswehr geht einher mit einer weitreichenden umfassenden Sozialklausel. Minister Scharping hat wiederholt vor dem Hauptpersonalrat und auch immer öffentlich betont, dass der Umbau der Bundeswehr mit und nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen wird.

Die neuen Aufgaben machen eine kontinuierliche Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Territorialen Wehrverwaltung erforderlich. Als Antwort auf den Ruf nach lebenslangem Lernen wird die Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in Mannheim zur zentralen Fortbildungsstätte der Territorialen Wehrverwaltung ausgebaut.

Die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des mittleren Dienstes und auch der Verwaltungsfachangestellten wird auch in Zukunft in den bewährten Händen der Bundeswehrverwaltungsschulen liegen.

Das Lehrgangsangebot an den Bundeswehrfachschulen ist in derzeitigem Umfang unwirtschaftlich. Die Bundeswehr wird sich zukünftig auf ein Lehrgangsangebot beschränken, das ihre Kernkompetenz betrifft und allgemeinberufliche Lehrveranstaltung und fachberufliche Lehrgänge einschließt, die der sonstige Bildungsmarkt nicht vorhält.



Fortsetzung

5

Es muss aber auch der Reduzierung des Streitkräfteumfangs mit einer verringerten Zahl von Soldaten Rechnung getragen werden. Zukünftig werden deshalb nur noch die Bundeswehrfachschulen Berlin, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Koblenz, Köln, München, Naumburg und Würzburg weiterbetrieben. Die übrigen Bundeswehrfachschulen werden schrittweise, mit Augenmaß und auf der Zeitschiene geschlossen. Kein Lehrgangsteilnehmer muss sich Sorgen machen, dass er die begonnene Ausbildung nicht abschließen kann und auch für das Schulpersonal gilt die Sozialstandsklausel.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

in den kommenden Jahren werden überproportional viele Beamte, Angestellte und Arbeiter aufgrund des Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Dieser Umstand wird uns helfen, den Abbau des Zivilpersonals sozialverträglich zu gestalten. Auch die Ihnen aus den zurückliegenden Jahren bekannten Mittel, wie z.B. Unterbringung geht vor Förderung oder ein ganzes Bündel beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen werden uns helfen, die gemeinsame Wegstrecke zu bewältigen. Darüber hinaus haben bereits Tarifverhandlungen über einen sozialverträglichen Personalabbau begonnen. Aber ich ermuntere Sie ausdrücklich über die bestehenden Instrumente wie die Nutzung der Altersteilzeit nachzudenken.

Zur eingeleiteten Neuausrichtung unserer Verwaltung gibt es keine sinnvolle Alternative. Unsere gemeinsame Verantwortung verlangt, dass wir den vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam und tatkräftig stellen. Ich bin sicher, dass ich für die vor uns liegenden Aufgaben auf Ihre tatkräftige Unterstützung und Ihr Vertrauen rechnen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Biederbick



20.02.2001 Alles ist aus

Verlag GmbH · 152. Ausgabe 10. Jahrgang · 20. Februar 2001

ÜBERBLICK

**Auflage:
55.000 Exemplare**

Informationsblatt, kostenlose Verteilung an frei zugängliche Haushalte. Vertrieb und Geschäftsstelle Überblick Verlag GmbH · Moosburger Str. 36 · 84076 Pfeffenhausen · Tel. 0 87 82 / 94 10 63

Alles umsonst: Kaserne Rottenburg schließt

Letztes Wort des Verteidigungsministers

Rottenburg (ab) - Nun steht es also fest, das endgültige „Aus“ für den Bundeswehrstandort Rottenburg. Bis zuletzt hatten Bürgermeister Hans Weinzierl und viele im Landkreis gehofft, die Entscheidung wird doch noch revidiert.

Doch Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping hielt an seinem Standortschließungskonzept fest, um die Bundeswehr insgesamt verkleinern zu können. „Es ist falsch, diesen Standort aufzulösen“, so Bundestagsabgeordneter Horst Kubatschka (SPD) in einer ersten Reaktion, der sich zusammen mit vielen anderen für den Erhalt des Standortes, des einzigen zwischen Erding und Straubing, eingesetzt hat.

Auch 22.000 Unterschriften, die den Willen einer ganzen Region dokumentiert haben, waren letztendlich vergebens. In der Kaserne sind 730 Solda-

ten und 130 zivile Mitarbeiter beschäftigt, wobei der Anteil der Soldaten an der Zivilbevölkerung bei über zehn Prozent liegt. Bürgermeister Weinzierl befürchtet jetzt „unüberschaubar große Folgen“ für Rottenburg. Denn hier könne der Verlust der Kaserne nicht durch Tourismus, wie in anderen Fällen, aufgehoben werden. Auch „freue“ man sich an der Laaber nicht über frei werdende Liegenschaften, die woanders begrüßt würden. „Wir sehen keine betriebswirtschaftlich sinnvollen Verwertungsmöglichkeiten“, so Weinzierl, der auch in der Vergangenheit immer besonders die „hohe Integration“ der Soldaten in die Gemeinde betont hatte. In einem Schreiben an Minister Scharping führte er in diesem Zusammenhang aus: „Man darf wohl davon ausgehen, dass sowohl die Integration in der Bevölkerung, die



Rottenburgs Bürgermeister Hans Weinzierl bemühte sich vergeblich um den Erhalt des Bundeswehrstandortes.

Foto: ue

Qualität der Soldaten und der Zivilbeschäftigten, die Aufwuchsgewinnung und das gesamte Infrastrukturpotenzial ganz wichtige militärische Standortfaktoren darstellen und dies besonders bei einer Wehrpflichtarmee.“

Wie man nun weiß, haben alle Aktivitäten, Briefe, Besprechungen, Anregungen, Wünsche, Vorschläge nichts genutzt.

Damit beende ich die Berichterstattung über die Zeit der Entscheidung für oder wider den Erhalt des Standortes Rottenburg und füge auf der nächsten Seite nur noch die offizielle Information des Bürgermeisters der Stadt Rottenburg mit dem Kommentar „Mitteilungen des Bürgermeisters“ ein. Es soll hier auch nicht gewertet werden, ob der Umzug militärisch ein Nutzen war und zu einer „Steigerung“ der Kampfkraft der Flugabwehr beigetragen hat, kurz ob es den ganzen Aufwand und die Kosten wert war, denn wie wir heute wissen hat die FlarakGrp 15 keine drei Jahre Bestand gehabt.



Kommentar:

Große Koalition gegen die Standorte

Von Sebastian Beck
SPD und CSU dürfen sich die Hände reichen: in den vergangenen Monaten haben sie wirklich alles unternommen, damit Bayern bei der Schließung der Bundeswehrstandorte nun ziemlich dumm dasteht. Zwar ist der Freistaat im Vergleich zu anderen Bundesländern insgesamt nicht benachteiligt worden, wie es die CSU gerne behauptet. Das heißt aber noch lange nicht, dass alle Klagen der Christsozialen unberechtigt sind: Tatsächlich ist die regionale Verteilung der Standortschließungen in Bayern höchst ungerecht. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die SPD in letzter Minute Verbesserungen für den Regierungsbezirk Schwaben erreichen konnte. In Nord- und Ostbayern jedoch werden die Gemeinden noch lange an den wirtschaftlichen Folgen zu tragen haben. Eine Friedensdividende für das ehemalige Zonenrandgebiet ist nicht in Sicht. In Wildflecken etwa würde der Bürgermeister den Gewerbezweck sogar verschenken – trotzdem hat sich bisher noch kein Investor gemeldet

- POSTWURFSENDUNG - AN ALLE / HAUSHALTUNGEN



Informationen



AUS UNSEREM
ROTTENBURGER

Rathaus



Nr. 124/März 2001

INFO-BLATT STADT ROTTENBURG A. D. LAABER

HERAUSGEBER: STADT ROTTENBURG A. D. LAABER, NEUFABRNER STR. 1, TEL. 08781 / 206-0
VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT: 1. BÜRGERMEISTER HANS WEINZIERL

Alle Hoffnungen waren umsonst

Keine Möglichkeit die Schließung unserer Kaserne zu verhindern

Ob Hemau, Kötzing, Kirchham, Rottenburg, keiner hatte unter den gegebenen Umständen eine reelle Chance sich im Ringen um die Standortsicherung durchzusetzen.

Da halfen keine Proteste, da blieb eine noch so gut gemeinte Unterschriftenaktion ohne Wirkung, da blieben Vorgesprächen in München und Berlin nichts ändern, die "Streichliste" traf alle Standorte wie geplant. Aus dem nicht autorisierten "Arbeitspapier" vom November 2000 wurde plötzlich, wie von Insidern nicht anders er-



Diese Standorte sollen in Bayern geschlossen werden

SPD und CSU hätten hier Scharping durchaus noch das eine oder andere Zugeständnis abhandeln können, wenn sie gemeinsam an einem Strang gezogen hätten. Doch statt vernünftige Vorschläge zu unterbreiten, betrieb Stoiber wieder mal Fundamental-Opposition. Wenige Stunden vor seinem Treffen mit Scharping ließ er einen 32-Seiten-Forderungskatalog erstellen – der keine Möglichkeit zum Kompromiss ließ. Die CSU sah den Sozialdemokraten lieber tatenlos dabei zu, wie die sich mit ihrer chaotischen Informationspolitik

blamierten.

Die bayerische SPD führte wieder einmal vor, dass sie in Berlin nicht so wichtig ist, wie sie gerne sein würde. Ihr Staatssekretär Kolbow entlarvte sich in der Diskussion um die Standorte als Groß-August des Verteidigungsministeriums. Auf militärische Entscheidungen hat er offensichtlich keinen Einfluss. Die Häme bei der CSU ist jedoch Fehl am Platz. Denn die Staatsregierung wird nun wohl oder übel den vom Truppenabzug besonders betroffenen Kommunen helfen müssen – mit Geld aus ihrem Haushalt.



01.03.2001 Bürgermeister begrüßt die neuen Soldaten

Heimatgarnison wurde vorgestellt

Bürgermeister begrüßte Rekruten der Bundeswehr - Stadtrundfahrt durchgeführt



Die neu nach Rottenburg versetzten Soldaten, unter ihnen der erste weibliche Soldat (2. Reihe Mitte) mit Bürgermeister Weinzierl und dem stellvertretenden Kommandeur, Oberstleutnant Manfred Jäger

Rottenburg. Am Mittwoch vormittag begrüßte Bürgermeister Hans Weinzierl im Beisein des stellvertretenden Kommandeurs der Flugabwehrraketengruppe 34, Oberstleutnant Manfred Jäger, die neu nach Rottenburg versetzten Soldaten.

In seiner Begrüßungsrede im Sitzungssaal des Rathauses gab das Stadtoberhaupt den 29 Neuankömmlingen

Erläuterungen zur Geschichte der Laaberstadt und Umgebung, bis hin zur rasanten Entwicklung in den letzten Jahren. Dabei brachte er unter anderem auch das positive Verhältnis der Stadt zur Garnison zum Ausdruck und bedauerte zugleich, dass dieses gute Miteinander und die 22 000 gesammelten Unterschriften nicht haben verhindern können, dass nach der neuen Luftwaffenstruktur 5

die Kaserne voraussichtlich bis zum Jahre 2004 geschlossen werde.

Besonders begrüßte Weinzierl den ersten weiblichen Soldaten im Truppendienst, KanUA Daniela Danemann, die bei der zweiten Staffel zum Flugabwehrraketen-Unteroffizier für Startgeräte ausgebildet wird. Ferner ging der Bürgermeister auf die sehr positive Entwicklung der Stadt, der örtlichen Handwerksbetriebe und des Industriegebiets ein, in dem zur Zeit etwa 2 500 Personen beschäftigt seien. Zudem wies das Stadtoberhaupt darauf hin, dass Rottenburg neben der Stadt Freising mit eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Bayern aufweise.

Oberstleutnant Manfred Jäger bedankte sich beim Bürgermeister für die Einladung und sein Engagement bei der Integration der neuen Soldaten. Im Anschluss an die Begrüßung wurde im Beisein des Bürgermeisters eine Stadtrundfahrt durchgeführt. Diese führte vom Kapellenplatz über das Industriegelände zum Freibad und zum Schulzentrum mit den dazu gehörigen Einrichtungen. Weiter ging die Fahrt zur Schlossklinik und über den Ortsteil Pattendorf zurück zum Rathaus.

Zur guten Gepflogenheit am Standort Rottenburg gehört es, dass die neu zuversetzten Soldaten einen Einblick in die Gemeinde bekommen. Bürgermeister Hans Weinzierl ließ es sich auch diesmal nicht nehmen, die jungen Soldaten in Rottenburg willkommen zu heißen.



14.03.2001 Frauen in der Bundeswehr

Vortragsabend bei der KSK Niederhornbach

„Frauen steht jede Laufbahn offen“

Referenten vom Standort Rottenburg informierten über Frauen an der Waffe

Niederhornbach. Zu einem Vortrag über „Frauen in der Bundeswehr“ hatte die Krieger- und Soldatenkameradschaft geladen. Erster Vorsitzender Gisbert Cimander konnte neben den beiden Referenten des Abends, Oberstleutnant Jäger und Hauptmann Vobker vom Standort Rottenburg begrüßen.

Cimander fand es verwunderlich, dass diese Angelegenheit jetzt so hochgespielt werde, nachdem es seit über 20 Jahren weibliche Soldaten in der Bundeswehr gäbe, die zwar nicht zum Dienst an der Waffe eingesetzt seien, aber schon die gleiche Grundausbildung wie ihre männlichen Kollegen durchliefen.

Oberstleutnant Jäger erklärte, dass die Öffnung für Frauen zum Dienst an der Waffe nur ein Nachziehen vorhandener gesellschaftlicher Entwicklungen darstelle. Alle Nationen hätten immer schon in schwierigen La-

gen Frauen zu den Streitkräften berufen, historisch müsse dies als personelle Bedarfsdeckung gewertet werden. Jäger zeigte den derzeitigen Frauenanteil, der in den USA bei 14,6, in Deutschland bei 1,2 und Italien bei 0 Prozent liege.

Beim Aufbau der Bundeswehr sei der Einsatz von Frauen nie in Erwägung gezogen worden, da laut Grundgesetz Frauen nicht zum Dienst an der Waffe herangezogen werden durften. 1975 erfolgte bereits die Zulassung von Frauen im Militärmusik- und Sanitätsdienst, seit 1984 gebe es die erste Frau im Generalsrang. Durch den weiteren Wandel des Frauenbildes in der Gesellschaft, der sich auch im Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 11. Januar 2000 niedergeschlagen habe, habe der Ausschluss der Frauen vom Dienst an der Waffe revidiert werden müssen.

Die Folge sei die Öffnung aller Laufbahnen für die Soldatinnen ge-

wesen, sofern das gesundheitliche Anforderungsprofil erfüllt sei. Wissenschaftliche Untersuchungen hätten ergeben, dass bei Frauen und Männern die gleiche psychische und physische Belastbarkeit gegeben sei.

Hauptmann Vobker berichtete aus der Sicht eines Staffelfehrs. Erfahrungen anderer Streitkräfte und der Polizei bewiesen, dass Frauen die gleiche professionelle Einstellung wie Männer zeigten und auch der psychische Durchhaltewille männliches Niveau erreiche. Problembereiche in der Staffel seien das unterschiedliche Kommunikationsverhalten von Frauen und Männern, persönliche Bindungen, die Disziplingefährdung, sexuelle Belästigung, aber auch Übungen, wo über Wochen auf engen Raum gelebt werde. Gerade in diesen Bereichen würden hohe Anforderungen an die Dienstaufsicht eines Staffelfehrs gestellt.

Ein Vorzeigebispiel sei das österreichische Ausbildungsprogramm, wo eine zügige Integration der Frauen festzustellen sei. Wissenschaftlich untermauert seien auch Verhaltensmuster, die bei Frauen in den Streitkräften auftreten könnten. Hierzu gehöre der Ehrgeiz die Männer zu übertreffen, die Haltung und den Ton der Männer zu übernehmen oder der betonte Einsatz weiblicher Attribute. Vorbeugende Maßnahmen zur Konfliktlösung seien die Multiplikatoren- und Teilleitungslehre bei den Teilleitern. Hinweise auf gesetzliche Bestimmungen, Kommunikationsbildung und Motivationsseminare.

Die Weichen müssten aber auch schon bei der Personalauswahl gestellt werden, die anhand der Arbeitsplatzanalyse und dem dienstbezogenen Anforderungsprofil entsprechen müsse. Das bedeute die richtige Frau auf dem richtigen Posten. Eine Frauenbeauftragte und Ansprechstellen für frauenspezifische Probleme sei in der Diskussion.



Die beiden Referenten Oberstleutnant Jäger (linkes Bild) und Hauptmann Vobker



30.03.2001 Stabsfeldwebel Meier in den Ruhestand verabschiedet

Im Dienst Hervorragendes geleistet

Stabsfeldwebel Karl Meier wurde in Ruhestand verabschiedet

Rottenburg. Im Rahmen eines militärischen Appells wurde am Freitag vormittag Stabsfeldwebel Karl Meier vom stellvertretenden Kommandeur Oberstleutnant Manfred Jäger in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Die Versetzung eines Berufssoldaten aus Altersgründen in den Ruhestand sei, so erklärte Oberstleutnant Jäger, ein besonderer Anlass. Es gelte, ein gesamtes Berufsleben zu würdigen, das sich als soldatischer Dienst gestaltet und sich der Bundesrepublik Deutschland, ihrer äußeren Sicherheit und somit dem Wahl von Staat und Gesellschaft verpflichtet gewusst habe.

Der Redner sprach den beruflichen Werdegang des Scheidenden an und



Oberstleutnant Jäger verabschiedete Stabsfeldwebel Meier in den Ruhestand

ging dabei auf die verschiedenen Stationen ein, die Karl Meier durchlaufen hat. Neben den verschiedenen Verwendungen in Deutschland, sei Stabsfeldwebel Meier auch Ausbildungsfeldwebel an der Raketen Schule der Luftwaffe in den USA gewesen. Ab Mai 1996 sei er endgültig zur 1. Staffel der Flugabwehrraketengruppe 34 nach Rottenburg versetzt worden und habe an seinem Platz dafür gesorgt, dass die Leistungen des Verbandes auf gesunder Basis erbracht worden seien.

Stabsfeldwebel Meier sei ein Leistungsträger der 34er gewesen. Der Scheidende sei in der ersten und weitaus längsten Phase seiner Laufbahn ein technischer Waffensystemfachmann mit ausgezeichneten Fähigkeiten gewesen, sei dann im Ausland tätig gewesen und habe im dritten Drittel seiner Amtszeit seine Fähigkeiten noch einmal an einer schulischen Wirkungsstätte weitergegeben.

Karl Meier habe in seinen Verwendungsbereichen Hervorragendes ge-

leistet. Er sei fünfmal durch Förmliche Anerkennungen ausgezeichnet worden und sei seit 1993 Träger des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold.

Oberstleutnant Jäger verabschiedete Stabsfeldwebel Meier in den wohlverdienten Ruhestand und wünschte ihm viel Gesundheit, Glück und Freude.

Stabsfeldwebel Meier selbst dankte allen Kameraden herzlich für das gute Miteinander und wünschte der Einheit Soldatenglück.

Am gleichen Tag bekam die erste Staffel mit Hauptmann Scheunert einen neuen Staffelchef, der im September 2001 auch die 2. Staffel als Staffelchef übernahm. (Bericht nächste Seite)



Rottenburg. Das Personalkarussell dreht sich weiter, auch wenn die Auflösung der Flugabwehrraketengruppe 34 beschlossene Sache ist. So hieß es am Freitag Vormittag Chefwechsel bei der 1. Staffel. Oberstleutnant Manfred Jäger, stellvertretender Kommandeur der Flugabwehrraketengruppe 34, verabschiedete Hauptmann Martin Rebelein und begrüßte Hauptmann Stephan Scheunert als neuen Staffelchef.

Für die Einheit, rund 110 Soldaten und 15 zivile Mitarbeiter, habe dieser Wechsel, so führte Oberstleutnant Jäger aus, die größte Bedeutung, denn mit der Figur des Staffelchefs wechselte nicht nur der Disziplinar-Vorgesetzte mit seiner Verantwortung, sondern auch die Person mit dem größten Einfluss auf den Alltag der Staffel. Er forme mit dem, was er tue und was er unterlasse, mit dem, was er anregte, fördere oder hemme, den Tages- und Wochenablauf. Er übernehme oder verwerfe informelle Aufbau- und Ablaufstrukturen, die er in der Staffel vorfindet.

Der Redner ging auf die lange Geschichte der 1. Staffel ein, die ein Stück älter sei als die heute zum Wechsel anstehenden Staffelchefs, sei sie doch bereit 1958 aufgestellt worden. In diesem tief verwurzelten Umfeld habe Hauptmann Martin Rebelein in den letzten eindreiviertel Jahren seine Führungsleistung als Staffelchef erbracht. Von Ausbildung und Werdegang sei er für diese

Dienststellung prädestiniert gewesen. Rebelein habe mit großer persönlicher Einsatzbereitschaft, höchstem Einfühlungsvermögen und einem guten Quantum an ansteckendem Humor seine Staffel geführt und zu großem Erfolg gebracht.

Dies sei zwar immer Teamarbeit und Gesamtleistung der Einheit insgesamt, jedoch dürfe sich Rebelein folgendes an die Fahnen heften: Erfolgreiche Teilnahme am Taktischen Schießen des Waffensystems auf Kreta; erfolgreiche Teilnahme an Geschwadereinsatzübungen und dazu habe er in unzähligen Überprüfungen des Ausbildungsstandes seiner Soldaten, des Materialklarstands seiner Einheit sowie aller geforderten Regularien in den Planungen und befohlenen Verfahren seines Bereichs immer wieder hervorragende Leistungsstände nachweisen können. Zu diesen Erfolgen gratulierte der stellvertretende Kommandeur und dankte Hauptmann Rebelein, dem er zugleich für seine neue Verwendung in

Oberstleutnant Jäger entband anschließend Hauptmann Rebelein von seinem Amt als Staffelchef, der sich dann bei allen Soldaten und Mitarbeitern für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedankte. Hauptmann Scheunert übernahm die Staffel anschließend.

München viel Erfolg wünschte. Oberstleutnant Jäger erklärte, mit Blick auf die Zukunft der FlaRak, dass dies auch massive Auswirkungen auf die 1. Staffel haben werde. Zehneinhalb Jahre seien seit der Wie-

dererlangung der deutschen Einheit vergangen. In dieser Zeit seien vor dem Hintergrund einer entspannten sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik die Streitkräfte reduziert und auf neue Aufgaben hin ausgerichtet worden.

Von der größten Reorganisation der Bundeswehr seien auch die FlaRakVerbände und damit auch die Rottenburger Flugabwehrraketengruppe betroffen.

Etwa ab 2003/04 werde es keine reinen HAWK FlaRak Gruppen mehr geben, sondern nur noch gemischte HAWK/Roland Verbände und diese in stark verminderter Zahl. Die Standortfrage sei unverhofft frühzeitig entschieden und es sei gewiss, dass die Flugabwehrraketengruppe 34 ab 1003 nicht mehr existent sein werde. Die Änderungen in der Stationierung würden zu Herausforderungen und Belastungen für die Soldaten, zivilen Mitarbeiter und ihre Familien führen. Der Dienstherr habe zugesagt, diese Änderungen sozial verträglich durchzuführen. Trotzdem sehe der Realist und Fachmann aus dem FlaRakBereich, dass es zu großen Personalbewegungen organisatorisch, ausbildungsmäßig und räumlich kommen werde, auch für die Angehörigen der 1. Staffel.

In dieser „umbruchschwangeren Zeit“ übernehme Hauptmann Scheunert die Verantwortung für die Staffel. Oberstleutnant Jäger ging auf die berufliche Laufbahn des künftigen Staffelchefs ein und betonte, dass er gediegene Erfahrungen in einer Truppenführungsposition erworben habe und Expertise bei Umstrukturierung und Verlegung von Truppenteilen besitze. Jäger zeigte sich sicher, dass der neue Staffelchef seine Einheit nach kurzer Eingewöhnungs-

phase in der Hand haben und die Geschicke der Staffel erfolgreich lenken werde. Das gezeigte Geschick in einer so komplexen Einheit, wie einer Stabsstaffel, die Scheunert vorher geführt hat, sei ihm, Jäger, sicherer Garant dafür. Der Kommandeur wünschte angesichts der bevorstehenden anspruchsvollen Aufgabe die entsprechend hohe Flexibilität, große Führungskraft und Glück. Der ersten Staffel wünschte er, dass sie in dieser unruhigen und vielleicht auch beunruhigenden Zeit zusammen mit ihrem neuen Chef die Nerven behalten und Leistungsträger bleiben werde. Jäger wünschte allen zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen viel Kraft, denn die Streitkräfte hätten nicht die primäre Aufgabe, einfach stationiert zu sein, sie sollen vor allem Wirkungskraft besitzen im Sinne der äußeren Sicherheit des Staates und der Gesellschaft. Diesem Ziele dienten die Soldaten.

Hauptmann Scheunert Chef bei der 1. Staffel

